

Änderungsantrag  
Interfraktionell  
11h30

Dresden, den 19. November 2015

Landeshauptstadt Dresden Bürgermeisteramt - Stadtratsangelegenheiten					
15.1	Sek.	Nr.		zK	zSt
<del>15.1</del>	<del>15.1B</del>	2015	309	zErI	bR
SR	DB OB	19. NOV. 2015		WV	
AD	ÄRat			zA	
PeLA	HH				
AF					
OV/OS					
CDU	LINKE	Bü 90	SPD		
AfD	FDP/FB	o.F.			

SP 15.11

zur Vorlage V0450/15 – Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus (LHP Toleranz) über 2015 hinaus

Beschlussvorschlag:

Es werden dem federführenden Ausschussbericht folgende Punkte 4 und 5 angefügt:

„4. Der Stadtrat **übernimmt die von der Verwaltung vorgeschlagenen nachfolgenden Korrekturen** in der Anlage 1 (Berichterstattung über die Umsetzung des LHP Toleranz seit dem 1. Januar 2010):

**1. Der letzte Absatz auf Seite 4 ganz unten wird ersetzt durch folgenden Absatz:**

'Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu thematisieren und entschieden zu begegnen, gehört ebenso zu den Anliegen des LHP Toleranz wie die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Dresden am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und zu befördern. Für das gesellschaftliche Klima ist es entscheidend, dass sich eine weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft von Beginn an klar von diskriminierenden Verhaltensweisen und von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit distanziert, selbst wenn dieses Verhalten noch nicht strafrechtlich relevant ist.'

**2. Auf Seite 5 wird nach dem Satz „Das LHP Toleranz kann im Bereich der Prävention wirken, um Menschen aufzuzeigen, wohin gruppenbezogene Menschen-feindlichkeit führt.“ folgender Absatz eingefügt:**

'Die politisch motivierte Kriminalität links ist sachsenweit insgesamt auf 821 Delikte angestiegen. Jedoch ist es zu einem Rückgang von Gewaltdelikten gekommen. Insbesondere wurden landesweit weniger Angriffe auf den politischen Gegner verübt (von 104 Straftaten 2013 auf 79 im Jahr 2014, Quelle Verfassungsschutzbericht Sachsen Ziff. 5.2) Im Jahr 2014 wurde der Großteil der linksextremistisch motivierten Straftaten (einschließlich Gewalttaten) in Sachsen in den kreisfreien Städten Dresden und Leipzig verübt. Im Vergleich zum übrigen Freistaat, ist der Anteil dieser Kriminalität in den beiden Städten aber gesunken, da in 2014 insgesamt 55% aller als „linksextremistisch“ einzuordnenden Straftaten in Leipzig und Dresden verübt worden (statt 64 % im Jahr 2013).'

**5. Der Stadtrat entschließt sich zu folgender ergänzender Erklärung zur Vorlage (Anlage 3):**

'Der Stadtrat stellt fest, dass Integration ein gemeinsamer und verantwortungsbewusst zu führender Prozess aller hier lebenden und zugewanderten Menschen ist. Dafür müssen alle Menschen die Werteordnung und das Menschenbild des Grundgesetzes anerkennen und wahren. Grundlage unseres Zusammenlebens sind Menschenwürde, Freiheit und die gleichberechtigte Teilhabe aller in einer offenen, demokratischen und freien Gesellschaft.'

**Begründung:**

Die Klarstellungen und Ergänzungen sind Ergebnis einer von der Stadtverwaltung initiierten interfraktionellen Arbeitsgruppe. Weitere Begründung erfolgt mündlich.